

Telephon-Anschluß 53.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise: Neuß und Grevenbroich.

Redaction: Jos. Brunau.

Expedition: Neuß, Markt 15.

Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage; Samstags in 2 Nummern und als Gratisbeilage das St. Quirinsfestblatt.
Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.75.
Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 20 Pf. pro Quartal beigegeben.

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Landes die beste Wirkung. Preis für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf. Bei größeren Annoncen und öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Aannahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen.

Nr. 228.

Freitag, 6. October 1893. (Bruno.)

20. Jahrgang.

Die Gleichberechtigung der Konfessionen in Preußen.

Im Wahlaufsatz der Centrums-Fraktion heißt es: „Groß und mannichfach sind auch die Klagen der Katholiken auf dem Gebiete der Parität.“ Es trifft sich gut, daß einige Tage vor der Veröffentlichung dieser Worte, am 22. Sept., eine liberale Correspondenz, welche in vielen Blättern der Provinzen abgedruckt wird, folgendes schrieb:

„Das Centrum ist um eine Wahlsparole, um den Inhalt der Wahlagitation verlegen, wie sich jetzt zeigt. Die „Köln. Volksztg.“ kam gestern in einem unsicheren Artikel zu dem Ergebnis, die Wiederherstellung der Parität müsse das Ziel der Wahlpolitik sein. Hiernach ist die Verlegenheit offenbar recht groß. Der Grundlag der Parität herrscht in Preußen grundsätzlich (sic). Wenn das Centrum sich gelegentlich über Inparität beklagt, so muß ihm dazu ein Doppelspiel mit dem Worte Parität als Mittel dienen, indem es darunter bald die Nichtberücksichtigung des Bekenntnisses, bald die gittermäßige Gleichheit versteht.“

Der Satz: „Der Grundsatz der Parität herrscht in Preußen grundsätzlich“, ist kurios stylisiert, aber sein Inhalt ist noch mehr kurios. Wenn dieser Satz wahr sein soll, so müßte er in folgendes deutlicher Deutsch übersetzt werden: „In den Erklärungen der Minister, in den Wahlaufzügen der Parteien, in der liberalen und konservativen Presse u. s. w. wird immer der Grundsatz proklamiert, daß paritätisch verfahren werden, daß jede Konfession gleichberechtigt sein müsse; aber in der Praxis, auf dem Gebiete der Thatfachen des wirklichen Lebens wird dieser Grundsatz nur sehr selten gehandhabt.“ Wir haben zahllose Beweise für diese unsere Behauptung in unserem „Wahlschau“.

welches könne diesem Antrage zur Zeit nicht stattgegeben werden.

„Der Gemeinde Rummelsburg gegenüber, wo es 100 kathol. Kinder gibt, hat die Regierung ebenfalls es abgelehnt, den Antrag zu stellen, daß vom Kreisaustrich festgestellt werde, die Gemeinde sei zur Uebernahme der katholischen Schule verpflichtet; es wird gesagt, „daß bei der dort zur Zeit verhältnismäßig geringen Anzahl katholischer Schulkinder dabeist vorläufig die Errichtung einer katholischen Gemeindeschule sich nicht ermöglichen läßt.“ Bei 100! Und in Melchendorf bei Erfurt hat die Regierung sogar für 12 evangelische Kinder die Errichtung einer konfessionellen Gemeindeschule verlangt, und zwar hat der Landrath aus Auftrag der Regierung erklärt, „daß sich das Bedürfnis einer evangelischen Schule herausgestellt habe. Darum sollte die politische Gemeinde beschließen, wie sie die Kosten aufbringen wolle.“ Für 12 evangelische Schulkinder! Zwar ist diesem Antrage keine Folge gegeben worden. Wohl aber in Rimbach, wo nur 41 evangelische Kinder waren. Das Kultusministerium hat am 23. April 1889 auf Beschwerde geantwortet: „Es würde an die politische Gemeinde die Anforderung gestellt werden müssen, aus Kommunalmitteln eine besondere evangelische Kommunalchule einzurichten und zu unterhalten. Diese Forderung würde auf Grund des Gesetzes vom 26. Mai 1887 auf dem in diesem Gesetz vorgeschriebenen Wege zur Durchführung zu bringen sein. Die Gemeinde wäre vor die Alternative zu stellen, entweder eine voll ausgestattete evangelische Schule aus Kommunalmitteln zu errichten, oder freiwillig die evangelische Schule durch dauernde Zuschüsse oder Uebernahme des Kassendeficits zu unterstützen.“ In Folge dieser Weisung hat die

geliche Kinder eine besondere evangelische Schule errichtet worden.

„In Stargard in Pommern sind 91 katholische Kinder in einer katholischen Privatschule, und außerdem sind noch 12 katholische Kinder dort, welche eine evangelische Volksschule besuchen. Dort hat die Regierung abgelehnt, den Antrag zu stellen, daß die Privatschule auf den Kommunaletat übernommen werde, indem sie erklärte: „Wenn die katholischen Einwohner auf den Vorschlag des Magistrats, ihre Kinder in die dortige Volksschule zu schicken, wo für katholischen Religionsunterricht gesorgt wird, nicht eingehen wollen, so mögen die Kinder in der katholischen Schule bleiben und die Eltern die sämtlichen Unterhaltungskosten allein aufbringen. Auf Beschwerde hat am 1. Dez. 1892 das Kultusministerium geantwortet, „daß die Regierung beauftragt sei, mit der dortigen Stadtgemeinde zu verhandeln; von dem Ergebnis dieser Verhandlungen hänge es ab, ob die Einleitung des Zwangsverfahrens erfolge.“ Die Verhandlungen dauern seit 1887. Wenn einmal ein Gemeinderath erklärt hat, er errichte keine katholische Gemeindeschule, dann kann man nicht mehr die Hoffnung hegen, daß weitere Verhandlungen zu einem Ergebnis führen.

„Es ist auch auffallend, daß nicht eine einheitliche Praxis in dieser Frage stattfindet: für 38 evangelische Kinder in Hochheim wird der Antrag gestellt, für 41 evangelische Kinder in Rimbach wird der Antrag gestellt und vom Provinzialrath auch beschlossen; in Eberswalde allerdings hat man einmal von Seiten der Regierung auch für 40 katholische Kinder den Antrag gestellt, aber der Provinzialrath hat ihn abgelehnt; später bei 80 Kindern in Schöneberg, bei 100 Kindern in Rummelsburg wird der Antrag nicht gestellt.

In Eberswalde ist für 40 katholische Kinder eine katholische Privatschule eingerichtet; der Gemeinderath hat die Gemeinde zur Errichtung einer Gemeindeschule verpflichtet. Der Fürstbischof hat

lische Schule, die für 25 Kinder eingerichtet wurde und jetzt 32 Schüler hat, unter einem evangelischen Lehrer. Es ist nun der Andreas Schreiber gezwungen worden, seine Kinder in die evangelische Schule zu schicken, weil dieselben deutsch reden. Der Mann weigert sich — und thätlich befehlen diese Kinder jetzt gar keine Schule. In früheren Zeiten ist die Einschulung katholischer Kinder in die deutsche evangelische Schule gegenüber zwei anderen Familienvätern erfolgt; der eine hat es vorgezogen, auszuwandern, und der andere, welcher abhängig ist, hat der Einschulung Folge geleistet, weil er fürchtet, daß er seine Stellung verlieren werde: er schickt seine Kinder in die evangelische Schule.

Wir bemerken hierzu betreffs Melchendorf: Laut Mittheilung der „Germania“ vom 12. März d. J. hat der Landrath am 4. Mai 1892 dem Ortsvorstand von Melchendorf folgendes geschrieben:

Erfurt, 4. Mai 1892.
„Nachdem sich die Nothwendigkeit ergeben hat, dortselbst für die evangelischen Kinder am Orte selbst und für Melchendorf eine besondere evangelische Schule zu errichten, veranlasse ich den Ortsvorstand, die dortige Gemeindevertretung über die Beschaffung der Geldmittel baldigst Beschluß fassen zu lassen.“

Diesen Antrag hat der Gemeinderath am 2. Juni 1892 abgelehnt mit der Begründung, „daß die Zahl der schulpflichtigen Kinder am Orte selbst 10 beträgt und die Zahl solcher Kinder in Melchendorf 6, zusammen also nur 16 beträgt, und daß die Kinder von Melchendorf bisher schon eine Volksschule in Erfurt besucht, wo sie viel näher haben, als bis Melchendorf.“

Einer der am 23. Febr. vorgebrachten Klagepunkte ist inzwischen beseitigt; am 28. Febr. hat der Herr Kultusminister auf eine vom 3. Febr. datirte Petition aus Rummelsburg mitgetheilt, daß er die Kgl. Regierung zu Potsdam veranlaßt habe, wegen Errichtung einer öffentlichen katholischen Schule dortselbst das Zwangsverfahren nach Maßgabe des Gesetzes vom 26. Mai 1887 gegen die dortige Gemeinde einzuleiten.

verkauf, beste Stallkassen
A. billiger.
viehmarkt. Die Zutritt
schen übrig; auch ließ das
an. Am Schluß des Mark-
verkauf ult. Gehört wurden
nachgemacht. — Nächster

markt. Aufgetrieben:
e, 123 Räder, 168 Ham-
gewicht: Ochsen 4 —
— 60, 2. 50—55, Schweine
ber das Hund Schlachthof-
fig., Himmel desgl. 42
Stück Mr. Boiey.
Aufgetrieben: 638
e, Bullen, 335 Schweine,
e, Bullen 1. Sorte 4
Bullen 2. Sorte 4
e, 45—55, die 50 Kil.
die 50 Kil. Lebendgewicht.
Auftrieb: 359
s. 0,86—0,94.

mel-Verein.
den 6. October,
nd 8 1/2 Uhr.

ew. Feuerweh.
eute Abend 8 1/2 Uhr:

Verammlung
Totale des Herrn Max
unweiler, Bittgerstr.
Der Chef.

metz-vögel.
Hotel Pelzer.

feldorfer
theater.

Direction:
Staegemann.
den 5. Oct. 1893.

ühnte Frau.
f. von Schönhan und
adelburg.

roubadour.
von Verbi.

arlschüler.
den 7. Oct. 1893.

engrin.
den 8. Oct. 1893.

en und Narren
t billigt und unter

abr. P. J. Engels,
Köln-Bayenthal.

iedegehele geucht
D. Aeg.

acht:
nenden Concerte
75 Mk. häufig bei
v. Haag, H.

erghaus.
Vorstand.

Custodis)

ion.

ohre

affsmiedegehele
uchten, Vohausen

braven Jungen
ontigen leichten Tr-
Schreitmüller.

Dienstmädchen
Markt Nr. 25.

Kindermädchen,
Kindern hat, per
Weyerstraße 6.

ädchen
ien, 17 Jahre alt,
üße der Hausfrau.

as, Grevenbroich.

xinnen
hohen Löhnen auf
ung sucht

reitmüller.
in braves fleißiges

ß, Erfurt. 10.

s, gut erzogenes
Jahre alt, wird
l. Pause gesucht.
gute Behandlung
gehehen.
Exp. d. Btg.

an eine einzelne
hne Möbeln zu
Niederstr. 58.

die Nat.-Btg.: „Da die Commission die Steuer-
sätze offen gelassen hat, ob zwischen den Regie-
rungen noch keine Verständigung betreffs dieses
Punktes erzielt ist, oder ob die Steuerätze je
nach der Entscheidung über die anderen Steuer-
pläne höher oder niedriger normirt werden sollen,
das muß dahingestellt bleiben.“ — Daß die
Commission die Steuerätze offen gelassen hat,
ist nicht anzunehmen. Denn die Höhe der
Steuerätze wirkt bestimmend auf die Formen
der Erhebung und der Kontrolle zurück. Offenbar
wünscht Herr Miquel zunächst die öffentliche
Discussion nur auf formale Fragen, nicht aber
auf die Hauptsache erstreckt zu sehen, welche
Mehrbelastung für den Raucher aus der neuen
Tabakbesteuerung entsteht.

*** Tabaksteuer und Arbeitslöhne.** Dazu
bemerkte ein Tabakindustrieller in der Köln. Btg.:
„Jede Fabrikat- oder Faktorensteuer wirkt ganz
besonders drückend auf die Arbeitslöhne, denn
diese werden ja von der Steuer mitgetroffen.
Bei einer Steuer von 30 pCt. des Werthes, die
mindestens erforderlich wäre, wird in Tausend
Cigaretten nicht bloß der Tabak, sondern auch der
Arbeitslohn mit 30 pCt. Steuer belegt. Eine
Steigerung der Löhne um eine Mark kostet
dem Fabrikanten noch 30 Pfennig Prämie. Der
hierin liegende scharfe Anreiz zur Niederdrückung
der Löhne ist der Hauptfehler des Fabrikatsteuer-
und auch des Faktorensteuer-Systems.“

*** Gegenüber Hochwasser- und Eisge-
fahren** ist zwischen der preussischen und nieder-
ländischen Regierung behufs gegenseitiger Mit-
theilungen und gemeinschaftlichen Beseitigungs-
maßregeln eine Vereinbarung getroffen worden.
Von beiden Seiten wird je ein ständiger Com-
missar bestellt, auf preussischer Seite der Rhein-
strom-Baubirector, der den niederländischen
Commissar über die Wasserstände in Mannheim,
Mainz und Koblenz unterrichtet und seinerseits
Benachrichtigung über die niederländischen Hoch-
wasser-Verhältnisse verlangen darf. Bei Eis im
Rhein oder seinen Verzweigungen findet täglicher
Berichtsaustausch, in dringenden Fällen tele-
graphisch, statt. Vor dem 1. September jedes
Jahres verständigen sich die Commissarien zu
gemeinschaftlichen Maßregeln gegen die kommende
Eisgefahr, die sich aber auf die beiden Staaten
gemeinschaftlicher Rheinstraße beschränken und
keine Gefahr für die unteren Deichdistrikte bringen
dürfen; zur Leitung dieser Maßregeln wird von
beiden Seiten je ein Baubeamter in Griethausen
und Lobith stationirt.

*** Zur Bekämpfung des Geheimmittels-
schwindels,** über welche bei den zuständigen
Organen Erwägungen schweben, hat der Ober-
medicinalrath für das Königreich Bayern folgende
Vorschläge gemacht: 1. Generelles Verbot der An-
kündigung und Anpreisung von sogenannten Ge-
heimmitteln, auch wenn deren Zusammenfassung
bekannt gegeben ist. 2. Freihaltung von Geheim-
mitteln nur in Apotheken. Um aber das Empor-
blühen und Ueberwuchern des Geheimmittelsun-
wesens in den Apotheken zu verhindern, ist
es nöthig, unzweideutige Bestimmungen zu er-
lassen, die den Geheimmittelverkehr in den Apo-
theken regeln und in Straftaten hüllen. 3. Erlaß
einer

te'n auch älter erfahrener Juristen hervorrief,
das Trierer Urtheil aufgehoben und die Sache
zu nochmaliger Verhandlung der Koblenzer
Strafkammer zugewiesen hatte, war an einer
Verurtheilung kaum mehr zu zweifeln. Das er-
gangene Urtheil bedauern wir hauptsächlich wegen
der preussischen Justiz selbst, welche dadurch an
Vertrauen bei der katholischen Bevölkerung un-
möglich gewinnen kann, denn niemals wird es
gelingen, dieser Bevölkerung klar und verständlich
zu machen, daß die beiden Angeklundigten an-
ders hätten handeln müssen, als sie thatsächlich
gehandelt haben: wie das Gewissen und ihre
Religion es ihnen vorschrieben. Wir haben hier
also wieder einen recht eclatanten Fall, in welchem
das Gesetz — doch nein, ein Gesetz haben die
Angeklundigten nicht verletzt, nur Verordnungen,
sogenannte Cabinetsordres wurden geltend ge-
macht — dem öffentlichen Gewissen und dem
öffentlichen Rechtsbewußtsein schmerzhaft wider-
spricht. Daß derartige Gesetze und Verordnungen
nicht wohlthätig wirken können, daß sie dem
Geist und Zweck der Rechtspflege entgegen-
stehen, braucht nicht näher ausgeführt zu wer-
den. Um wieviel mehr müßte auf schleunige
Beseitigung solcher in das Verstandniß und Rechts-
bewußtsein des Volkes niemals übergehender Be-
stimmungen hingewirkt werden! Wir bedauern
aber auch die katholischen Richter und Staats-
Anwälte, welche in der Angelegenheit mitzu-
wirken berufen waren. Hatte doch der katho-
lische Staatsanwalt gegen den Priester, der eine
Gewissenspflicht erfüllte, als er für die katholische
Erziehung des „entführten“ Kindes sorgte, neun-
fache und schwere neun Monate Gefängniß bean-
tragt! Der Proceß Stöck und das in demselben
ergangene Urtheil sind aber besonders lehrreich
für alle diejenigen Katholiken, welche den ver-
hängnißvollen Entschluß fassen, eine gemischte
Ehe einzugehen. Diesen können Lectüre und Be-
herzigung dieser denkwürdigen Proceßverhand-
lung nicht einbringlich genug anempfohlen wer-
den. — Das Urtheil ist jetzt gesprochen — man
darf gespannt sein, ob es auch zur Vollstreckung
desselben kommt. Mag es in dieser Beziehung
kommen, wie es wolle: der Proceß Stöck wird
aus der öffentlichen Discussion jedenfalls sobald
nicht verschwinden.

H. Gestern Abend fand bei dem Staats-
secretär des Auswärtigen Amtes v. Marschall
ein Diner für die Delegirten der deutsch-russischen
Hollconferenz statt. Die officiös verlautet, ist
man beiderseits einig darüber, daß die jetzigen
Zustände des Hollkrieges unhaltbar seien und
gibt man sich beiderseits die größte Mühe, zu
einem beiderseits befriedigenden Abkommen zu
gelangen.

*** Mit dem 1. October** sind alle in Folge
der Heeresverfälschung verfügten Aenderungen in
der Formation des deutschen Heeres in Kraft
getreten. Den für das preussische Contingent
am 11. August getroffenen Bestimmungen sind
entsprechende in den anderen Staaten mit selbst-
ständiger Verwaltung gefolgt. Durchweg
bei jedem Infanterieregime
von 2 Compagnien erri
mentsstabs

mit 1 Compagnie der Fußartillerie, 3 Regi-
mentscommandos, 3 Bataillone, 2 Compagnien
Pioniere, 1 Regimentsstab, 2 Bataillonsstäbe, 9
Compagnien Eisenbahntuppen, 1 Compagnie
Train.

*** Dypeln, 3. October.** Die Regierung in
Dypeln, welcher seither seitens der Lehrer all-
jährlich Listen der von Haus aus polnisch oder
polnisch und deutsch sprechenden Weicht- und
Communionkinder, ebenso wie dem Kreisgulin-
spektor und dem Ortspfarrer einzureichen waren,
hat, wie die „Schl. Btg.“ meldet, nunmehr auf
Einsicht in die betreffenden Listen sowie auf den
Nachweis, welche Kinder an dem deutschen Weicht-
und Communion-Unterricht theilnehmen könnten,
verzichtet.

*** Baderborn, 5. Oct.** Anlässlich der An-
wesenheit des Herrn Bischofs Sinar in Rom
ernannte der Papst Frn. General-Bicar Wigger
zum Protonotarius Apostolicus, Prof. Schneider
zum päpstlichen Hausprälaten, Hofkaplan Schmitz
zum Protonotarius Apostolicus, Baurath Gilden-
pfein zum Ritter des Gregorius-Ordens. Die
Baderborner Domcapitulare dürfen das Dom-
herrenkreuz an goldener Kette tragen.

*** München, 5. Oct.** Die Debatte über die
Typhus-Epidemie in der Gegend wurde nach
Neben des Interpellanten Schwarz (liberal), des
Kriegsministers, von Händle (liberal) und Söb-
ner (Centrum) auf morgen verlagert. Vollmar
wird morgen als erster Redner sprechen. Der
Kriegsminister verteidigte die Verwaltung ge-
schickt, wurde aber von Söbner, welcher sich als
ein ausgezeichnete Redner erwies, unter leb-
haftem Beifall stark in die Enge getrieben. Mor-
gen kommt der Antrag Naginger betr. den Er-
laß der Adresse auf die Tagesordnung. Der
Antrag wird voraussichtlich abgelehnt. Weder
das Centrum noch die Liberalen wollen eine
Adress-Debatte; dagegen soll zu einer Erörterung
der Gesamtfrage beim Etat baldigst Gelegenheit
gegeben werden. Das Centrum brachte eine
Interpellation über Maßregeln gegen die Futter-
Noth ein.

*** München, 5. Oct.** Vor Kurzem ging
durch die Zeitungen die Mittheilung, daß die
blaue Farbe in den bayerischen Militäruniformen
durch die preussische Uniformfarbe ersetzt werden
sollte. Es werden wohl hierüber sachmännische
Erörterungen stattgefunden haben, wobei für die
Gleichmäßigkeit der Uniformfarbe geltend gemacht
sein dürfte, daß starke Farbenunterschiede bei den
einzelnen Contingenten im Kriegsfalle dem Feinde
Dispositionen machen können. Ob unsere mili-
tärischen Autoritäten dieses Moment für mehr
oder weniger ausschlaggebend erachten, bleibe
dahingestellt, sicher ist, daß der Prinzregent seine
Zustimmung zu einer Beseitigung der blauen
Waffenröcke nicht geben würde. Damit ist die
Frage für jetzt entschieden.

*** Aus dem Ost-**

Port

auch sonst manche gemeinnützige Bauten aus-
führen. Ähnliche Maßregeln sind bereits in
den Jahren 1886, 1888, 1889 und 1892 er-
griffen worden. — In Folge des Strikes der
Kohlengruben-Arbeiter ist die Noth in Sheffield
groß und man befürchtet, daß das Elend in
diesem Winter schlimmer werden wird, als seit
Jahren. Allein in dem Stadttheil Attercliffe
sollen 2000 Kinder dem Verhungern nahe sein,
trotz privater Hilfe. Den Glasfabriken in
Yorkshire gehen die Kohlen auf die Neige. Die
Einwohner des Städtchens Rothwell in Nort-
hamptonshire haben einen Boycott gegen die
dortige Gasanstalt in Scene gesetzt. Diese ist
reichlich mit Kohlen versehen, will aber an die
Bewohner keine ablassen. Jetzt gibt es dort fast
kein Privathaus, in dem Gas gebrannt wird,
ein Jeder brennt Petroleum. Der Boycott
wurde mit einem Facheiszug eröffnet, an welchem
Tausende theilnahmen.

*** London, 5. Oct.** Zuverlässigen hier ein-
getroffenen Nachrichten zufolge ist Santos blockirt,
der Handel mit Rio de Janeiro gelähmt und
letztere Stadt durch das Bombardement gänzlich
zerstört. Einer Drahtmeldung des New-Yorker
Herald zufolge erließ Pezoto ein Manifest, in
dem er erklärte, er werde nicht abdanken, viel-
mehr den Kampf fortsetzen, so lange er auf seine
Truppen rechnen könne.

*** London, 5. Oct.** Die in Glasgow tagende
Vereinigung der englischen Eisenbahnbeamten
bewilligte 1000 Pfd. Sterling für den Unter-
stützungsfonds der englischen Bergarbeiter.

Rußland.

*** Petersburg, 3. Oct.** Einer Meldung der
Polit. Corr. zufolge hat der Zar nach einer an
die Minister des Inneren und der Finanzen er-
lassenen Cabinetsordre genehmigt, daß über An-
suchen der Semstows im ganzen Reiche die
Grundsteuer für das laufende Jahr in natura
entrichtet werden dürfe, wobei die Preise der
Cerealien den Marktnotierungen der betreffenden
Gouvernements conform berechnet werden sollen.
Diese Maßregel kann als deutliches Symptom
für die Nothlage gelten, in welcher sich die
russische Landwirtschaft hauptsächlich in Folge
des zwischen Deutschland und Rußland ausge-
brochenen Hollkrieges befindet.

Rheinland-Westfalen.

*** Neuß, den 6. October.**

*** Die Armenpflege-Commission** tagte gestern
in den vereinigten beiden Sectionen, um die Wahl eines
Mitgliedes der Armendeputation zu tätigen. Wieder-
gewählt wurde das „auscheidende“ Mitglied Herr Joh.
Reichhöfer. Die weitere Wahl als Armenpfleger
hatten abgelehnt die Herren Rechtsanwält Kremer,
Theod. Kreuter, Herrn Müller und H. Schram.
An ihre Stelle sollen neben den durch das Loos aus-
gewählten 8 hiesigen Mitglie dem Stadtverordneten-
M. Den ede,

freiten, fander
Weltfahrt Ma-
nicht weiter fa-
den und sein 2
führten, und
Gasthaus getra-

*** Cleve,**
der Sträfling
hiesigen Arrest-
hätte eine Gef-
büßen. Von

*** Nachen,**
Concert ist für
Beim hiesigen
schulischer zur
Mehrzahl derje-
gen Gefangensü-
bers B. aus
Die Sänger be-
cert zu verantw-

*** Nachen,**
feier des 600jäh-
Paul (früherer
Schultheier find-
Herr Weiblich-
brühen.

*** Nachen,**
samt und acht
mit Vogenschie-
drang dabei den
ner Weil tief
Kleine zum
eigenartiges
Ausficht genom-
genwärtig ca.
eingezogen. Die
freie Zeit zu fr-
Leitung des Be-
Maffen-Chor ge-
Kürze ein öffent-

*** Köln, 3.**
Köln, hielt am
verammlung ab-
200. Die Ver-
Kneipp empfohle-
der Kneipp'sche
einen Vertrag
erklärt hat, als
ren und wochen
halten. Ferner
Alten Wallgasse
Anstalt zu begrü-
vom Vorstande
bereitsgestellt wor-

*** Köln, 4.**
n a s i u m beging
Hebens und zug-
Herrn Director
Religionslehrers
statten die H-
Gymnasien Her
beglückwünschten
überreichten ihm
blatt. Nachmitt
das Lehrer-Colle-
und überreichte
Album mit den
hien Lehrer der
Verwaltungsrat
hat dem Jubilat
Morgen begann
die hervorragend
Schmilt um die
In der Aula de
gegen 12 Uhr di
Lehrer und Schü-
jetzigen Böglinge
befindliche ehema-
Provincial-Schul-
erhielten. Der
den St. Gregori

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

*** Köln, 4.**
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.
Köln, 4. Oct.

